



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

February 2023 | DE

Die lokale Sicht – Staffel 3, Folge 25 – Ein digitales Europa: zwischen Regulierung und Innovation

Die digitale Innovation kann unsere Wirtschaft, unsere Gesellschaft und unser Leben verändern. Sie kann aber auch eine Bedrohung darstellen, wenn sie nicht angemessen reguliert wird. In dieser Folge der Staffel „Die lokale Sicht“ wollen wir prüfen, wie es um den digitalen Wandel in Europa bestellt ist. Wo steht die EU im Vergleich zum Rest der Welt? Welche Herausforderungen und Chancen liegen vor uns? Wie kann Europa seine Konkurrenzfähigkeit sichern und bewahren und zugleich die Rechte und das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger gewährleisten?

Über diese Fragen und mögliche Antworten sprechen wir mit **Tanya O’Carroll**, Expertin für Technologie und Menschenrechte, **Jennifer Baker**, Brüsseler Journalistin für Technologie, Politik und Rechtsvorschriften zum digitalen Bereich, sowie mit den EWSA-Mitgliedern **Gonçalo Lobo Xavier** (Gruppe Arbeitgeber), Generaldirektor des portugiesischen Unternehmensverbands APED), **Franca Salis-Madinier** (Gruppe Arbeitnehmer), stellvertretende Vorsitzende der Beobachtungsstelle für den digitalen Wandel und den Binnenmarkt im EWSA, und **Giuseppe Guerini** (Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft), Vorsitzender des Europäischen Verbands für Industrie- und Dienstleistungsgenossenschaften. (tk)

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)
- [EN](#)

- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)
- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)
- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



unterstützen.

Grußwort

Ein Jahr Krieg in der Ukraine

Gleich zu Beginn des Kriegs in der Ukraine, am 24. Februar 2022, haben wir im EWSA die ungerechtfertigte und grundlose Invasion der Ukraine durch Russland verurteilt.

Im Laufe des vergangenen Jahres haben wir unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck gebracht und wiederholt entschlossenes Handeln sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene gefordert. Ich bin stolz auf den EWSA, der mit viel Engagement die Folgen des Krieges für die Menschen und die Wirtschaft in der Ukraine und in Europa abschätzt und nach den besten Wegen sucht, um die Ukraine und ihre Zivilgesellschaft zu

Wir haben zwei verschiedene Entschlüsse verabschiedet; eine dritte soll auf der Februar-Plenartagung folgen. In der ersten Entschlüsselung vom März 2022 ging es um die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Krieges. In der zweiten Entschlüsselung, die im Juni verabschiedet wurde, haben wir Überlegungen über die Zukunft, die künftige Hilfe und den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg angestellt. So forderte der EWSA die EU auf, der Ukraine den Status eines Bewerberlandes zuzuerkennen. Ein paar Tage später fasste der Rat dann einen entsprechenden Beschluss. Außerdem haben wir unsere Türen für Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen der Ukraine geöffnet – etwa für „Promote Ukraine“ – und ihnen Räumlichkeiten sowie logistische und administrative Unterstützung zur Verfügung gestellt.

Der Krieg in der Ukraine wird die europäische Agenda auch weiterhin beherrschen. Es ist zu hoffen, dass wir bald mit dem Wiederaufbau der Ukraine beginnen können, der nachhaltig, transparent, umweltfreundlich und digital sein muss. Die echte Beteiligung der Sozialpartner und weiterer Organisationen der Zivilgesellschaft ist dabei ein Muss.

Die Trauer, die Tränen, die Wut und die Schmerzen des ukrainischen Volkes müssen anerkannt und gehört werden. Dennoch berühren mich die Stärke, die Hoffnung, der Mut und die Widerstandsfähigkeit der Menschen zutiefst. Wir haben auch gesehen, wie Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Gemeinschaften in ganz Europa das ukrainische Volk unterstützen und sich solidarisch zeigen.

Auf unserer Plenartagung im Januar erklärte die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola: „Die Ukraine kämpft unermüdlich für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Und sie kämpft auch für uns.“ Dem schließe ich mich voll und ganz an. Sicherheit wird es in Europa nur mit einer freien und demokratischen Ukraine geben!

Christa Schweng
Präsidentin des EWSA

BITTE VORMERKEN

28. Februar 2023, Brüssel

[Konferenz der Interessenträger der Kreislaufwirtschaft](#)

1.-3. März 2023, Brüssel

[Tage der Zivilgesellschaft 2023](#)

22./23. März 2023, Brüssel

EWSA-Plenartagung

23./24. März 2023, Brüssel

[Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ 2023](#)

In unserer Kolumne „Zur Sache“ haben wir **Stoyan Tchoukanov** gebeten, Kernpunkte der Stellungnahme zur Überprüfung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser herauszustellen. (ehp)



STOYAN TCHOUKANOV: „MIT DER VERSCHMUTZUNG HABEN WIR ES ZU WEIT KOMMEN LASSEN“

In seiner **Stellungnahme** fordert der EWSA die EU-Organe auf, **Wasser als Priorität anzusehen und einen „europäischen Blauen Deal“ zu entwickeln: eine Kraftanstrengung mit dem Ziel, Bedarfe frühzeitig zu erkennen, Wasserressourcen zu erhalten und wasserbezogene Herausforderungen mit einem umfassenden, koordinierten Fahrplan zweckgemäß anzugehen.**

Sauberes Wasser ist eine unserer wertvollsten Ressourcen. Es ist von vitaler Bedeutung für das Funktionieren der Ökosysteme und unserer Gesellschaft sowie für sozioökonomische Aktivitäten. Seit 2022, als in einer Reihe wissenschaftlicher Studien erstmals Mikroplastik im menschlichen Blutkreislauf und in der Muttermilch nachgewiesen wurde, ist klar, dass dringend und entschieden gehandelt werden muss. Die Verschmutzung geht zu weit, aber wir wissen nicht, wie weit, denn wir befinden uns mit unserem Wissen noch ganz am Anfang.

Die vorgeschlagene Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser ist sehr konstruktiv und gut strukturiert. Sie bietet die Chance, die EU-Vorschriften auf den neuesten Stand zu bringen, indem verbleibende Quellen für unbehandeltes Abwasser und neue Schadstoffe angegangen sowie die energie- und kreislaufwirtschaftlichen Aspekte der Abwasserbehandlung im Einklang mit dem Grünen Deal und der Digitalisierung Europas verbessert werden.

Mit dem Vorschlag wird der Geltungsbereich der Richtlinie so ausgeweitet, dass Gemeinden bereits ab einem Einwohnerwert (EW) von 1 000 darunterfallen, was bedeutet, dass auch Kleinstädte zur Sammlung und Behandlung kommunaler Abwässer verpflichtet sein werden und dafür EU-Mittel in Anspruch nehmen können.

Der EWSA befürwortet entschieden die Anwendung des Verursacherprinzips, um die Erschwinglichkeit von Wasserdienstleistungen zu gewährleisten und die Kosten für die Entfernung von Mikroschadstoffen aus dem Abwasser zu decken. Siedlungsabflüsse und Kanalisationsüberläufe sind ein bedeutender Eintragspfad für Verschmutzung, unter anderem mit Genen, die antimikrobielle Resistenz bewirken, Arzneimittelrückständen

und toxischen Substanzen, was Wasserorganismen und die menschliche Gesundheit gefährden kann. Sie sollten aufgefangen und ordnungsgemäß aufbereitet werden, bevor sie in aufnehmende Gewässer eingeleitet werden.

In unserer Stellungnahme fordern wir die EU-Organe auf, das Thema Abwasser in eine breiter angelegte Vision einzubinden, Wasser als Priorität anzusehen und einen „europäischen Blauen Deal“ zu entwickeln. Dabei geht es um entschlossene Anstrengungen mit dem Ziel, Bedarfe frühzeitig zu erkennen, Wasserressourcen zu erhalten und mithilfe eines umfassenden und koordinierten Fahrplans, in dem ehrgeizige Vorgaben und Maßnahmen mit vereinbarten Etappenzielen festgelegt werden, angemessen mit wasserbezogenen Herausforderungen umzugehen.

EINE FRAGE AN ...



„Eine Frage an ...“

In dieser Ausgabe interviewen wir María del Carmen Barrera Chamorro zu einem weiteren Aspekt der heiklen Energiefrage, die wir bereits im vergangenen Monat thematisiert hatten.

EWSA-Mitglied **María del Carmen Barrera Chamorro** ist Berichterstatterin für eine weitere Stellungnahme zu Energiepolitik und Arbeitsmarkt. (ehp)



Maria del Carmen Barrera Chamorro: eine Energiewende zugunsten der Beschäftigung

EWSA info: Welche Auswirkungen hat die Energiewende auf die Beschäftigung in den sich im Wandel befindlichen Regionen und was schlägt der EWSA vor, um diese Auswirkungen anzugehen?

Maria del Carmen Barrera Chamorro: Die bisherigen Erfahrungen sind sehr unterschiedlich, mit einigen Erfolgen und vielen Misserfolgen. Aber eine erfolgreiche Energiewende ist für die Beschäftigung extrem wichtig. Ohne Garantien für nachhaltige Beschäftigung, Sozialschutz und Unternehmensförderung für den Wandel ist in Europa keine wettbewerbsfähige und gesunde Zukunft möglich.

Nach Auffassung des EWSA sollten die territorialen Pläne für die Energiewende von geeigneten Vereinbarungen oder Abkommen für eine faire soziale Konsultation flankiert werden. Darin müssen die Schaffung, der Erhalt und die Sicherung nachhaltiger und hochwertiger Arbeitsplätze und die Unterstützung der Menschen notwendige Voraussetzungen für die Konzeption, Umsetzung und Bewertung der geplanten Maßnahmen sein. Dies gilt auch für die zur Förderung der Energiewende erhaltenen Mittel.

Zudem müssen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen besser in die Umweltschutz- und Energievorschriften und -maßnahmen integriert werden, um Anreize für hochwertige nachhaltige Beschäftigung zu bieten. Es werden Fonds zur Umverteilung der Kosten infolge zeitweiliger bzw. endgültiger Umstrukturierungen benötigt sowie Umschulungsprogramme zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit in einer CO₂-armen Wirtschaft.

Dies gilt es, durch sozialpolitische Maßnahmen wie Garantien für den allgemeinen Zugang zu Energiedienstleistungen, Zugang zu Entgeltersatzleistungen, angemessenen Mindesteinkommen usw. zu unterstützen. Die Integration dieser Maßnahmen als Teil des Aktionsplans zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte sollte stets mithilfe des sozialen Dialogs und von Tarifverhandlungen erreicht werden.

Maßnahmen für öffentliche und private Investitionen und für eine soziale Abfederung müssen angesichts der negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Großunternehmen und KMU in der EU sowie auf die finanziell schwächsten Haushalte unbedingt verstärkt werden.

Schließlich brauchen wir eine erneuerte Kohäsionspolitik, bei der die Wechselbeziehungen zwischen der Energiewende, den Arbeitsmärkten und der regionalen Entwicklung Vorrang haben. Dazu sind Mechanismen erforderlich, um zu überwachen und zu bewerten, ob die Mittel ordnungsgemäß verwendet werden, wobei die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und der Sozialpartner gestärkt werden muss.

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Tetjana Oharkowa, ukrainische Journalistin, Essayistin und Literaturkritikerin, lebt in Kiew. Als erste Gastautorin äußerte sie sich im Jahr 2022 in unserer Ukraine-Sonderausgabe zu dem schrecklichen Krieg in ihrem Land. Jetzt, im Februar 2023, ein Jahr nach Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, spricht sie über ihre

Erfahrungen in diesem von Tod und Leid geprägten Jahr und über die bleibenden Auswirkungen auf das kollektive Bewusstsein der Ukrainerinnen und Ukrainer.



Tetjana Oharkowa: „Der Tag des Sieges wird kommen, und er wird nicht so sein, wie der 23. Februar.“

Am 24. Februar 2022 hat sich das Leben von Millionen von Ukrainerinnen und Ukrainern schlagartig verändert. Wenn wir heute vom Sieg reden, kommt uns dann die Zeit vor diesem Tag in den Sinn – ein gewöhnlicher Tag, ein friedlicher Tag, ein Tag wie der 23. Februar 2022?

Keineswegs! Für uns wird es keinen 23. Februar mehr geben. Kein Tag wird mehr so sein wie jene Tage.

Wir sind bei den Gräbern im Wald von Isjum in der Region Charkiw gewesen. Wir haben Dörfer wie Kamjanka oder Dolyna zwischen Isjum und Slowjansk besucht, in denen es aussieht wie in einem postapokalyptischen Film, wo ein Dutzend Menschen in den Ruinen ihrer

Häuser ohne Wasser und ohne Strom ausharren. Wir haben die Mutter von Wolodymyr Wakulenko getroffen, dem Kinderbuchautor, der von den Russen in seinem Dorf Kapytoliwka bei Isjum umgebracht wurde. Seine Leiche wurde erst Monate später gefunden. Wir haben die Ruinen von Swjatohirsk gesehen, und wir wurden von den Detonationen in der zwar befreiten, aber von den Russen weiterhin bombardierten Stadt Cherson aufgeschreckt, während wir im Kunstmuseum waren, dessen Sammlungen von den Besatzern gestohlen worden waren.

Wie sollte angesichts dieser unauslöschlichen Bilder eine Rückkehr zum 23. Februar denkbar sein? „Hier habe ich das Blut meiner Kinder aufgewischt“, erzählt uns eine ältere Frau und zeigt auf die Treppe eines Hauses im Dorf Besruky in der Region Charkiw. An dieser Stelle wurden ihre achtjährige Enkeltochter und ihre 38-jährige Tochter an einem schönen Tag in Sommer 2022 von einer Sekunde auf die andere von einer russischen Mine getötet. Das Mädchen las gerade ein Buch. Sie war eine gute Schülerin.

Der Sieg? Hätte man uns – wie in einer Vorschau – am 23. Februar 2022 all das gezeigt, was uns erwartete, so hätten wir wohl wie versteinert dagestanden, vor Schreck gelähmt und zweifellos unfähig zu handeln. Und doch haben wir dieses erste Kriegsjahr überstanden, das uns Tag für Tag immer mehr abverlangte. Zivilisten und Soldaten, Männer und Frauen, Jung und Alt. So viele normale Menschen, die bewiesen haben, dass sie zu außergewöhnlichen Leistungen fähig sind. Einige haben sich freiwillig zum Dienst an der Waffe gemeldet, obwohl sie nicht wehrpflichtig waren.

Andere unterstützen die Armee nicht nur als Steuerzahler, sondern in immer größerem Maße auch mit Spenden. Wiederum andere opfern ihre Freizeit als Freiwillige für verschiedene Aktionen, vom Nähen von Tarnnetzen bis zur Herstellung von Kerzen für die Schützengräben. Kinder gehen weiterhin zur Schule, wo der Unterricht von Luftalarm unterbrochen wird, junge Menschen trotz der Stromausfälle zur Universität.

Niemand weiß, was uns noch erwartet. Wir wissen nur, dass wir Tag für Tag gemeinsam weiter dem Sieg entgegengehen. Wir wissen ja nur zu gut, was uns erwartet, wenn wir aufgeben. Die Gräber von Isjum sind dann in Kiew. Die Bomben, die jetzt auf Cherson fallen, werden dann über Lwiw abgeworfen. Wie zuvor das Kernkraftwerk Saporischschja wird dann das Kernkraftwerk Chmelnyzkyj zur Zielscheibe. Das wissen wir, weil wir es mit unseren eigenen Augen gesehen haben, weil wir es erlebt haben.

Und immer, wenn wir unsere Augen schließen, sehen wir die Gesichter derjenigen, die den Tag des Sieges nie erleben werden: Iryna Zwila, unsere Freundin aus Browary, deren größtes Hobby die Rosen in ihrem Garten waren... Sie griff am 24. Februar zu den Waffen und kam zwei Tage später bei der Verteidigung von Kiew ums Leben. Mykola Ratschok, meinen Literaturstudenten, der Autos und Abenteuerromane liebte und im Juli 2022 in der Nähe von Pokrowsk im Kampf gestorben ist. Roman Barwinok, den Violinisten, der im Frühjahr 2020 vor dem Präsidentenpalast Vivaldi spielte und im August 2022 im Osten der Ukraine an der Front gefallen ist. Und so viele mehr. Zehntausende mehr.

Der Tag des Sieges wird kommen, und er wird nicht so sein, wie der 23. Februar. Aber was sind wir nicht alles bereit auf uns zu nehmen, um diesem Tag näher zu kommen?



Vielen Dank an unsere Gäste des Jahres 2022

Kurz vor dem ersten Jahrestag des groß angelegten russischen Überfalls auf die Ukraine möchten wir den Journalisten, Autoren und Fotografen aus ganz Europa danken, die uns in diesem ersten Kriegsjahr an ihren Geschichten und Erlebnisberichten teilhaben ließen: **Nadija Afanasjewa, Witalij Portnykow, Olga Tschaiko, Tetjana Oharkowa, Olena Abramowytsch, Olga Wegera, Wassyl Kuschmus, Kostas Onisenko, Marta Barandiy, Jowita Kiwnik und Slawek Kaminski.** (ehp)

EWSA



Metsola und Schweng einer Meinung: Wettbewerbsfähigkeit der EU wichtiger denn je

Auf der Plenartagung im Januar erörterten die Mitglieder des EWSA mit der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, wie die EU auf die geopolitischen Herausforderungen reagieren sollte. Die Parlamentspräsidentin stimmte mit EWSA-Präsidentin Christa Schweng darin überein, dass in der gegenwärtigen schwierigen Lage neben

der strategischen Autonomie die Wettbewerbsfähigkeit von zentraler Bedeutung ist.

Parlamentspräsidentin Metsola zollte dem ukrainischen Volk Anerkennung für seinen tapferen Widerstand gegen die russische Aggression und betonte, dass die Europäische Union wie nie zuvor zusammensteht, um der Ukraine finanzielle, humanitäre und militärische Hilfe zukommen zu lassen: „Die Ukraine kämpft für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit. Und sie kämpft auch für uns.“

Mit Blick auf das 30-jährige Bestehen des Binnenmarktes unterstrich sie die Bedeutung der Wettbewerbsfähigkeit: „Wir müssen zum Wachstum zurückkehren und unsere Abhängigkeiten verringern. Gleichzeitig müssen wir den ökologischen und digitalen Wandel massiv vorantreiben. Europa muss sich auf seine Stärken besinnen und dafür sorgen, dass seine aktive Handelspolitik den europäischen Bürgerinnen und Bürgern Tag für Tag aufs Neue zugutekommt.“

Für **EWSA-Präsidentin Schweng** sind genau diese Punkte entscheidend für das Wohlergehen der Menschen und Unternehmen in der EU: „Es geht um alles oder nichts. Nur wenn wir unsere Bemühungen aufeinander abstimmen, können wir unser Ziel erreichen und eine widerstandsfähigere, gerechte und nachhaltige Zukunft aufbauen, in der niemand auf der Strecke bleibt.“

Die Diskussion drehte sich darüber hinaus um die Reaktion der EU auf externe wirtschaftliche Faktoren wie das US-amerikanische Gesetz zur Verringerung der Inflation, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Volatilität der Preise für fossile Brennstoffe, aber auch um interne Herausforderungen wie den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, den Europa derzeit zu bewältigen hat.

In der Debatte wurde deutlich, dass der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der EU-Politik und ihrer Umsetzung zukommt und dass die Menschen in Europa mehr Mitsprache in der EU wollen – ein Aspekt, der schon auf der Konferenz zur Zukunft Europas deutlich wurde. (mt)



Der Krieg in der Ukraine dominiert auch die Agenda des schwedischen EU-Ratsvorsitzes 2023

Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte: Schweden wird während seines Ratsvorsitzes von Januar bis Juni 2023 als Krisenmanager gefragt sein.

Im Rahmen der Debatte auf der EWSA-Plenartagung am 25. Januar 2023 sicherte EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** dem schwedischen Ratsvorsitz die uneingeschränkte Unterstützung des EWSA zu: „Schweden übernimmt den Vorsitz in schweren Zeiten, denn an den Grenzen der EU tobt ein verheerender Krieg. Der EWSA begrüßt diese Prioritäten angesichts Russlands Aggression gegen die Ukraine, da wir nicht zulassen dürfen, dass unsere Sicherheit oder unsere Werte kompromittiert werden. Wir stehen an der Seite der Ukraine.“

Die schwedische Ministerin für EU-Angelegenheiten **Jessika Roswall** erklärte, dass der schwedische Ratsvorsitz einer engen Zusammenarbeit mit den Organen und Institutionen der EU, einschließlich des EWSA, große Bedeutung beimesse und sich auf einen engen Kontakt und offenen Dialog freue.

Sie ging auf die oberste Priorität des Ratsvorsitzes ein und unterstrich: „Schweden übernimmt den Vorsitz in einer Zeit historischer Herausforderungen für die Union. Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wird auch weiterhin die europäische Agenda beherrschen.“

Der schwedische Vorsitz werde sich für den Erhalt der europäischen Einheit einsetzen und wolle die Union umweltfreundlicher, sicherer und freier machen. Schwerpunkte werden dabei sein:

- Sicherheit
- Wettbewerbsfähigkeit
- grüner Wandel und Energiewende
- demokratische Werte und Rechtsstaatlichkeit (mp)



Der Binnenmarkt sollte den Menschen dienen und nicht umgekehrt

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens des EU-Binnenmarktes veranstaltete der EWSA auf seiner Januar-Plenartagung eine Debatte mit Kommissionsmitglied Margrethe Vestager. Dabei ging es um die Frage, wie die möglicherweise größte

Herausforderung für die nächste Generation bewältigt werden kann.

Der Binnenmarkt gilt weithin als die größte Errungenschaft der EU, doch haben anhaltende Krisen wie Klimawandel, COVID-19 und der Krieg in der Ukraine deutlich gemacht, wie anfällig er für unvorhergesehene Störungen ist. Wie können wir den ökologischen und den digitalen Wandel in der EU vollziehen, ohne gegen die Grundsätze des freien Marktes zu verstoßen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa zu beeinträchtigen? Die Kommission hat einen Plan zur Lösung dieser Probleme erarbeitet, den sie noch im Februar vorlegen wird.

Auf seiner Plenartagung im Januar unterbreitete der EWSA konkrete Vorschläge zur Vertiefung des Binnenmarktes und empfahl, den Schwerpunkt dabei auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu legen. EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** brachte es auf den Punkt: „Nur ein wettbewerbsfähiges Europa ist in der Lage, Wohlstand und Wohlergehen sowie nachhaltige Lösungen für Klima- und Umweltprobleme zu schaffen. Wir müssen daher den Unternehmen in der EU unbedingt ein günstiges Umfeld für Innovation, Investitionen und Handel bieten und für gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber ihren Wettbewerbern aus Drittstaaten sorgen.“

Die Exekutiv-Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, **Margrethe Vestager**, räumte ein, dass die EU weiter am Binnenmarkt arbeiten müsse. Sie betonte jedoch, dass „Europa heute völlig anders aussehen würde, wenn wir nicht vor dreißig Jahren den Binnenmarkt geschaffen hätten.“

Im Mittelpunkt der Debatte standen unter anderem die Frage der staatlichen Beihilfen für die wirtschaftliche Erholung sowie den grünen und den digitalen Wandel. Es besteht zunehmend die Befürchtung, dass diese Beihilfen, sollten sie über eine kurzfristige Förderung hinausgehen, zu einer Gefahr für kleinere Volkswirtschaften und den Welthandel werden könnten.

Die Debatte endete mit Ausführungen von **Séamus Boland**, Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft des EWSA, **Oliver Röpke**, Vorsitzender der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA, und **Felipe Medina**, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber des EWSA. (tk)



Lösungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung warnt vor dem Risiko eines „verlorenen Jahrzehnts für die Agenda 2030“

In einer am 24. Januar im EWSA geführten Debatte wurde deutlich, dass die EU die Ziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen momentan nicht erreicht. Es besteht jedoch noch Hoffnung. Die EU hat die Chance, mit gutem Beispiel voranzugehen, auch indem sie finanzielle Unterstützung leistet. Der EWSA spielt bei der Überwachung der diesbezüglichen Fortschritte eine wichtige Rolle.

Auf der Januar-Plenartagung des EWSA fand eine Debatte mit **Guillaume Lafortune**, Vizepräsident des UN-Lösungsnetzwerks für nachhaltige Entwicklung (UN SDSN), über die Umsetzung der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung statt.

Dieser erläuterte den mit Unterstützung des EWSA verfassten [Bericht über nachhaltige Entwicklung in Europa 2022](#). Nach Ansicht von **Guillaume Lafortune** gelingt es der EU momentan nicht, die diesbezüglichen Ziele zu erreichen. Unterdessen sind weltweit Rückschritte zu beobachten, und insbesondere die Entwicklungsländer, die mit gravierenden Finanzierungsproblemen konfrontiert sind, hinken hinterher.

In dem Bericht wird empfohlen, dass sich die EU innerhalb der Vereinten Nationen für einen globalen Plan einsetzt, der eine Aufstockung der internationalen Finanzmittel für die Nachhaltigkeitsziele vorsieht. EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** begrüßte diesen Vorschlag und betonte, wie wichtig es ist, dass die EU beim globalen Wandel vorangeht.

Zudem wird der EWSA einen zentralen Beitrag zu dem ersten freiwilligen Bericht über die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele durch die EU, den die Europäische Kommission im Juli 2023 vorlegen wird, leisten und

die Ansichten der Interessenträger zu den Fortschritten bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele einholen. Angesichts der zwischen den Nachhaltigkeitszielen und den jeweiligen konkreten Zielvorgaben bestehenden Wechselbeziehungen hat der EWSA für die Ziele ein horizontales Vorgehen empfohlen. Darüber hinaus hat er die Einrichtung einer Plattform zur Förderung eines strukturierten Engagements der Zivilgesellschaft zugunsten der Nachhaltigkeitsziele vorgeschlagen. (gb)



Die EU muss in Zwangsarbeit hergestellte Produkte verbieten und die Menschenrechte achten

Die EU muss alle Formen der Zwangsarbeit bekämpfen und weltweit eine Führungsrolle im Bereich der Menschenrechte einnehmen, so die Forderungen des EWSA in einer auf seiner Plenartagung im Januar verabschiedeten Stellungnahme.

In seiner von Berichterstatter **Thomas Wagnsonner** erarbeiteten Stellungnahme zu dem [Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten](#) unterstützt der Ausschuss den Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass alle EU-Mitgliedstaaten das Protokoll von 2014 zum Übereinkommen über Zwangsarbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) von 1930 ratifizieren.

Der EWSA nimmt darüber hinaus erfreut zur Kenntnis, dass die Bekämpfung der Kinderzwangsarbeit in den Vorschlag aufgenommen wurde. Er fordert die Kommission auf, diesen Prozess zu beschleunigen, indem die bestehenden IAO-Übereinkommen über Kinderarbeit in den Geltungsbereich der Verordnung aufgenommen werden.

Berichterstatter **Wagnsonner** betonte: „Die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte sowie der Arbeitnehmerrechte und damit die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit und Ausbeutung ist von entscheidender Bedeutung, um insbesondere die weltweite Führungsrolle der EU in den Bereichen Menschenrechte und Demokratie zu sichern.“

Mit Blick auf die Verhütung der Zwangsarbeit unterstreicht der EWSA die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und der institutionellen Verankerung der organisierten Zivilgesellschaft in dem neuen Vorschlag der Kommission. Zudem empfiehlt er Leitlinien zur Unterstützung von Unternehmen, eine spezifische Datenbank mit Risikoindikatoren sowie ein Benchmarking-System. (mp)



Energiepreiskrise: Die EU muss Verbraucher und Unternehmen unterstützen

Die Reaktion der EU auf die Energiepreiskrise sollte darauf abzielen, alle Haushalte und Unternehmen zu schützen, die bei der Begleichung ihrer Energierechnungen in eine Notlage geraten. So lautet die Kernaussage der [Stellungnahme des EWSA](#) zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2023, die auf der Januar-Plenartagung des Ausschusses verabschiedet wurde.

Der EWSA unterstützt das von der Europäischen Kommission vorgeschlagene zweistufige Modell zum Schutz der am stärksten gefährdeten Personen. Demnach sollen schutzbedürftige Verbraucher bis zu einer bestimmten Verbrauchsgrenze einen Preis unter dem Marktpreis zahlen.

Allerdings drängt der EWSA darauf, dass die Herangehensweise sowohl Menschen unterhalb der Armutsgrenze als auch Menschen aus der unteren Mittelschicht helfen sollte, die Schwierigkeiten haben, den Marktpreis für ihre Energierechnungen zu zahlen.

Petru Sorin Dandea, Berichterstatter für die Stellungnahme, bringt es auf den Punkt: „Der Winter 2022-2023 hat zu großen Problemen in der EU geführt. Um die bedürftigen Haushalte wirkungsvoll vor der Energiepreiskrise zu schützen, muss der zweistufige Ansatz der Kommission inklusiv sein.“

Im Hinblick auf die Vermeidung von Betriebsstilllegungen unterstützt der EWSA den Vorschlag der Kommission, wonach die Mitgliedstaaten auf den Befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen zurückgreifen und dabei alle verfügbaren Mittel nutzen sollten, um gerade auch kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen.

Die Europäische Zentralbank hat die Instrumente der Geldpolitik eingesetzt, um die Inflation zu bremsen, doch kann die Inflationsbekämpfung nur Erfolg haben, wenn zugleich eine Abstimmung mit der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten erfolgt. (mp)



Schutz der Meere: EU sollte internationale Zusammenarbeit intensivieren

Eine engere internationale Zusammenarbeit ist unerlässlich, um die Nachhaltigkeit der Ozeane bis 2030 zu erreichen und die Sicherheit und Gefahrenabwehr auf See zu verbessern, betont der EWSA in einer neuen [Stellungnahme](#), die auf seiner

Plenartagung im Januar verabschiedet wurde.

Angesichts der Komplexität der Ozeane darf die Meerespolitik nicht als rein „maritime Angelegenheit“ betrachtet werden, sondern erfordert einen multidisziplinären, integrierten Ansatz zur Unterstützung der Entscheidungsträger auf allen Ebenen.

Die Belastung der Meere durch den Menschen rührt oft von landseitigen Aktivitäten her. Ein erheblicher Teil der Meeresverschmutzung ist auf den Eintrag von Müll, Pestiziden, Antibiotika, Phosphaten und Kunststoffen zurückzuführen. Ein großes Problem sind auch nicht gezündete Sprengkörper.

Nach Ansicht des EWSA kommt der EU als rechtsetzende Institution und als internationaler Akteur, der internationale Netze und Partnerschaften stärkt, eine wichtige Rolle zu und sollten Interessenträger verschiedener Disziplinen wirksam und transparent in allen Phasen eingebunden werden.

„Die EU spielt eine maßgebliche Rolle in den Bemühungen zur Erhaltung der Ozeane, aber letztlich müssen alle Länder ihr Scherflein dazu beitragen. Nur dann werden auch die kommenden Generationen die Erde noch den ‚blauen Planeten‘ nennen können“, mahnte der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Stefano Palmieri**.

Zur Erreichung der CO₂-Neutralität bis 2050 und der Nachhaltigkeit bis 2030 sollte die EU sich auf Maßnahmen zum Schutz des guten Zustands der Meeresumwelt und zur Erhaltung der Fischbestände konzentrieren, denn beides ist die Existenzgrundlage vieler Menschen, die am Meer und vom Meer leben.
(mp)



Sicherheit ist weit mehr als Verteidigung

Auf seiner Januar-Plenartagung erörterte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) das Konzept des Strategischen Kompasses der EU für Sicherheit und Verteidigung und betonte, dass es eines umfassenderen Sicherheitsbegriffs bedarf, der weit über die militärische Verteidigung hinaus geht.

Die Zivilgesellschaft sollte ein Mitspracherecht in Sicherheitsfragen haben. Der Krieg in der Ukraine zeigt nämlich, dass sie in Krisenzeiten eine stabilisierende Rolle spielen kann.

In seiner Initiativstellungnahme zum „[Strategischen Kompass der EU](#)“ hebt der EWSA hervor, dass in der EU derzeit von einem verengten Sicherheitsbegriff ausgegangen wird und es diesbezüglich einer umfassenderen Definition bedarf. „Sicherheit geht über die rein militärische Verteidigung hinaus. In Zeiten komplexer hybrider Bedrohungen sollte das Konzept der Sicherheit auf Aspekte wie Energie, Verkehr, Digitales, Wasser- und Ernährungssicherheit, Sicherheit der Bürger und Einflussnahme aus dem Ausland ausgeweitet werden“, so EWSA-Berichterstatter **Christian Moos**.

In seiner Stellungnahme argumentiert der EWSA zudem, dass die EU parallel zur Entwicklung der nationalen Fähigkeiten, der Abstimmung bei der Verteidigungsplanung und der gemeinsamen Beschaffung ihre begrenzten Ressourcen weiterhin hauptsächlich in zivile Strategien und Mechanismen zur Konfliktverhütung investieren sollte. Hier kann die Zivilgesellschaft dank ihrer sozialen und wirtschaftlichen Netzwerke und ihres großen Potenzials im Bereich *Public Diplomacy* und Kulturdiplomatie einen entscheidenden Beitrag

leisten.

Die Rückkehr des Krieges nach Europa durch die Aggression Russlands gegen die Ukraine hat deutlich vor Augen geführt, wie wichtig die Beziehungen der EU zur NATO sind.

„EU und NATO haben das Potenzial ihrer Zusammenarbeit noch nicht vollständig ausgeschöpft. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungssäule zu stärken, bedeutet, die NATO zu stärken. Beim Ausbau der Verteidigungsfähigkeiten der EU geht es nicht darum, mit der NATO zu konkurrieren, sondern darum, sie zu ergänzen,“ erläutert EWSA-Mitglied **Peter Clever**. (mt)



Neue EU-Strategie für Pflege und Betreuung ist ein Lackmustest für ein soziales Europa

Der EWSA begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission für eine umfassende europäische Strategie für Pflege und Betreuung, die es allen Menschen in Europa ermöglichen soll, ihr gesamtes Leben lang hochwertige Gesundheitsversorgung,

Pflege und Betreuung in Anspruch zu nehmen.

Der EWSA begrüßt die Kommissionsvorschläge im Zusammenhang mit einer europäischen Pflege- und Betreuungsstrategie als wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer zugänglichen und erschwinglichen Pflege- und Betreuungsstruktur in Europa, die den Bedürfnissen von Pflege- und Betreuungsbedürftigen (von der Geburt bis ins hohe Alter) gerecht wird und allen Pflege- und Betreuungskräften unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus Unterstützung bietet.

In der auf seiner Plenartagung im Januar verabschiedeten [Stellungnahme](#) unterbreitet der EWSA verschiedene Empfehlungen zu der Strategie und den beiden damit verknüpften Vorschlägen zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung und zur Langzeitpflege, die der Rat im Dezember angenommen hat.

Zudem bekräftigt der EWSA seinen Vorschlag zur Einführung einer europäischen Pflege- und Betreuungsgarantie. Vergleichbar der EU-Jugendgarantie würde dieses Instrument dazu beitragen, allen in der EU lebenden Menschen Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung zu gewähren. Außerdem könnten damit die Defizite in der Pflege und Betreuung angegangen und angemessene Arbeitsbedingungen sowohl für formelle als auch für informelle Pflege- und Betreuungskräfte vorangetrieben werden.

„Pflege und Betreuung sollten nicht nur verfügbar, zugänglich und erschwinglich sein, sondern auch auf einem inklusiven, nachhaltigen und menschenrechtsbasierten Modell beruhen. In Europa ist vielfach immer noch keine hochwertige Versorgung für alle gewährleistet“, erklärte die Berichterstatterin **Kinga Joó**.

In der Stellungnahme wird betont, dass der Erschwinglichkeit und Kontinuität von Betreuungs- und Pflegediensten Vorrang eingeräumt werden muss, um den derzeitigen außergewöhnlichen Belastungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, der Energiekrise und den aktuell drastisch steigenden Lebenshaltungskosten zu begegnen. Der EWSA fordert eine angemessene Finanzierung des Betreuungs- und Pflegesektors und ruft die Mitgliedstaaten auf, dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Arbeitsplätze

attraktiv, angemessen bezahlt und wertgeschätzt werden.

„Der in unserer Stellungnahme verfolgte Ansatz trägt den Bedenken der Akteure der Zivilgesellschaft Rechnung und beruht auf der Idee eines sozialen Europas. Wir unterstreichen auch die Rolle der Mitgliedstaaten als Grundpfeiler der Pflege- und Betreuungsstrategie. Wenn wir sie nicht davon überzeugen können, Verantwortung für die aufgeführten Probleme zu übernehmen, und wenn sie die Versorgungslücken in ihren nationalen Systemen nicht schließen, wird die Strategie nicht sehr weit führen“, erklärte die Mitberichterstatteerin **Zoe Tzotze-Lanara**.

Zu den wichtigsten Empfehlungen in der Stellungnahme gehören die Unterstützung von Familien, die häufig grundlegende Pflege- und Betreuungsaufgaben wahrnehmen, eine rasche Erfassung des Bedarfs und der Situation von pflegenden Angehörigen und informellen Pflegekräften, die Verwirklichung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses und der Gleichstellung in der formellen wie auch der informellen Pflege und Betreuung sowie ein besserer Schutz der Rechte aller Pflegekräfte, unabhängig von ihrem Migrations- und Aufenthaltsstatus. (II)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



[Industrieplan für den Grünen Deal muss mit einer Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit nachgebessert werden](#)

von Stefano Mallia, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber

Der Kommissionsvorschlag muss ergänzt und langfristig in eine Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit eingebettet werden.

Am 1. Februar 2023 legte die Europäische Kommission eine erste Antwort auf das beispiellose Klimapaket von US-Präsident Joe Biden (das Gesetz zur Inflationsbekämpfung – *Inflation Reduction Act*, IRA) vor, mit dem die amerikanische Wirtschaft mit einer Rekordsubventionssumme von 369 Milliarden US-Dollar unterstützt werden soll. Der Kommissionsvorschlag wird zwar vielen Anforderungen gerecht (berechenbarer Regelungsrahmen, Zugang zu Finanzmitteln, hinreichend qualifizierte Arbeitskräfte und offene Handelsagenda), nach einer ersten Bewertung sehen die Arbeitgeber in der EU darin jedoch noch erhebliche Defizite mit Blick auf das Erreichen langfristiger Wettbewerbsfähigkeit.

Erstens sollte beim grünen Wandel die andere Seite der Gleichung – der *digitale* Wandel – nicht außer Acht gelassen werden.

Zweitens reichen Subventionen alleine nicht aus. Das eigentliche Problem im Zusammenhang mit dem amerikanischen Gesetz ist nicht nur die Höhe der Subventionen (die fallen nämlich geringer aus als die im Rahmen des EU-Haushalts und der verschiedenen EU-Fonds gewährten), sondern die Kombination aus Subventionen und niedrigen Energiepreisen in den USA. Das Zusammenspiel dieser beiden Aspekte macht das US-Gesetz für Europa zu einem Problem. Berücksichtigt man dann noch die vergleichsweise geringe Produktivität in der EU, wird schnell klar, wie gefährdet die europäische Wirtschaft ist. Subventionen haben die EU-Mitgliedstaaten bereits gespalten und werden letztlich zur Fragmentierung des Binnenmarktes und einem schädlichen Subventionswettläufen führen, die die regionale Entwicklung schwächen.

Drittens scheint sich die Kommission bei ihrem Plan von einem längst überholten „Pick-the-winner“-Prinzip leiten zu lassen. Dabei sollen offenbar die politischen Entscheidungsträger auf der Grundlage einer sektorspezifischen Analyse und unter Berücksichtigung der gesamten Liefer- und Wertschöpfungsketten Ziele für die industriellen Kapazitäten festlegen und so bestimmen, welche Unternehmen vorrangig für die regulatorische und finanzielle Unterstützung in Frage kommen. Schon allein die Bezeichnung Cleantech-Sektor ist willkürlich, wo doch der grüne Wandel in allen Branchen und Unternehmen aller Art stattfindet.

Wir alle wissen, dass das eigentliche Problem Wettbewerbsfähigkeit heißt. Hier müssen wir dringend aufholen, und der grüne Wandel bietet uns diese Chance dazu. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen müssen allerdings unsere Denkart dauerhaft prägen und zu einem zentralen Bestandteil unserer Politikgestaltung werden. Deshalb fordern die Arbeitgeber in der EU eine Agenda für die Wettbewerbsfähigkeit.



Starker sozialer Dialog für ein wirklich soziales Europa

von der Gruppe Arbeitnehmer

Die Gruppe Arbeitnehmer begrüßt nachdrücklich die kürzlich von der Europäischen Kommission veröffentlichte [Initiative für den sozialen Dialog](#). Diese sendet ein deutliches Signal an die Arbeitnehmer und Bürger in der EU, die mit dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten konfrontiert sind.

Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern über faire Löhne und Arbeitsbedingungen können die Auswirkungen der Inflation auf Arbeitnehmerfamilien erheblich abmildern. Dies war bereits während der Pandemie der Fall, als Tarifverhandlungen in ganz Europa Kurzarbeitsregelungen, Telearbeit und arbeitsbezogene Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften ermöglichten und den Weg für eine gerechtere Wirtschaftserholung ebneten.

Der soziale Dialog und Tarifverhandlungen sind somit Grundpfeiler des europäischen Sozialmodells sowie Kernelement der Demokratie und des nachhaltigen Wirtschaftswachstums – und sollten als solche erhalten bleiben.

Der soziale Dialog ist jedoch bei weitem nicht überall in Europa Realität. So mangelt es in einer Reihe von Mitgliedstaaten an Organisationskapazitäten der Sozialpartner wie auch an Vertretungsformen für neuere Beschäftigungsarten wie die Plattformarbeit. Der Anteil der Arbeitnehmer, für die Tarifverträge auf nationaler Ebene gelten, ist in den letzten Jahrzehnten deutlich zurückgegangen.

Die Initiative der Europäischen Kommission wird daher als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, auch wenn die Rolle der Mitgliedstaaten bei der Schaffung verbindlicher Mechanismen für die Beteiligung der Sozialpartner geklärt werden sollte. (mg)



Bessere Kompetenzen für einen allgemein zugänglichen Arbeitsmarkt

von Ioannis Vardakastanis, stellvertretender Vorsitzender der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft

Das Europäische Jahr der Kompetenzen sollte dazu genutzt werden, die Lücken zu schließen und die Hindernisse zu beseitigen, vor denen viele Menschen in der EU bei der Suche nach guter und sinnstiftender Beschäftigung stehen. Angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels in der EU ist es wichtiger denn je, in Kompetenzen zu investieren und vorrangig das Potenzial derjenigen zu nutzen, die allzu oft vom offenen Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Bei der Entwicklung von Kompetenzen, die dem aktuellen und künftigen Bedarf des Arbeitsmarkts entsprechen, muss selbstverständlich auch der zunehmenden Digitalisierung unserer Wirtschaft Rechnung getragen werden. Dies bedeutet, dass Lücken bei den digitalen Kompetenzen geschlossen werden müssen, nicht zuletzt unter Menschen mit Behinderungen und älteren erwerbstätigen Menschen. In unserer modernen Gesellschaft sind digitale Kompetenzen nicht nur ein Instrument, mit dem die Menschen leichter Zugang zum Arbeitsmarkt finden, sondern auch eine Voraussetzung für ein selbständiges Leben, die niemandem verwehrt werden sollte.

Im Fokus der Förderung von Kompetenzen, die unsere Wirtschaft zukunftsfähig machen, sollten allerdings nicht nur die digitalen Kompetenzen stehen. Im Rahmen des Europäischen Jahres der Kompetenzen sollten auch die Bedeutung und der Wert der Beschäftigung in technischen und manuellen Branchen sowie im Bereich der beruflichen Bildung gefördert werden. Die hier gefragten Kompetenzen waren zu lange unterbewertet. Dies gilt auch für die entscheidenden Funktionen, die sie für unsere Gesellschaft erfüllen. Da der ökologische Wandel ein Eckpfeiler des EU-Konzepts für die Umgestaltung der Wirtschaft in den kommenden Jahren ist, besteht ein besonderer Bedarf an technischem und manuellem Fachwissen für die Umsetzung eines echten Wandels. Um dies zu erreichen, müssen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umschulen. Diese Gelegenheit sollte auch genutzt werden, um Menschen zu erreichen, die in der Regel vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, und ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln.

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Tage der Zivilgesellschaft 2023

Bei den diesjährigen Tagen der Zivilgesellschaft soll die grundlegende Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft beleuchtet werden, die sie für die Gewährleistung und Wahrung des sozialen Zusammenhalts sowie einer resilienten Demokratie

in Europa spielen.

Europa steht momentan vor beispiellosen, drängenden Herausforderungen: ein Krieg auf seinem Territorium, die Erholung von der COVID-19-Krise, eine Energiekrise, welche die Lage komplett verändert, aber auch zahlreiche Bedrohungen seines demokratischen Modells in einer sich rasch wandelnden und immer stärker digitalisierten Welt. Auf der Veranstaltung sollen die neuerlichen existenziellen Risiken für die demokratischen Werte im Rahmen einer offenen und inklusiven Debatte angesprochen und folgende Fragen erörtert werden:

- Wie stellen wir uns die partizipative und deliberative Demokratie in der Zukunft vor?
- Wie können wir die europäische Wirtschaft demokratisieren?
- Wie sollte die Zivilgesellschaft finanziert werden?
- Was bedeuten digitale Rechte für die Bürgerinnen und Bürger?
- Welche Kompetenzen benötigen wir, um die demokratische Teilhabe zu verbessern?

Wir laden Sie ein, im EWSA mit Interessenträgern und europäischen Institutionen die entscheidende Rolle zu erörtern, welche die organisierte Zivilgesellschaft als Akteur des Wandels bei der Überwindung der derzeitigen Krise spielt.

Weitere Informationen und Anmeldung unter folgendem [Link](#). Folgen Sie uns auf Twitter: @EESC_LiaisonG #CivSocDays.



Schülerinnen und Schüler begrüßen EWSA-Mitglieder im Vorfeld von „Your Europe, Your Say!“

Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses besuchen im Februar und März [35 Schulen](#) in den EU-Mitgliedstaaten und sieben Bewerberländern, um die Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ vorzubereiten, die am 23./24. März 2023 in Brüssel stattfindet.

Dieses Jahr veranstaltet der EWSA seine Jugendplenartagung „Your Europe, Your Say!“ (YEYS) zum 14. Mal – dieses Mal nach einer pandemiebedingten dreijährigen Pause aber wieder als Präsenzveranstaltung. Unter dem Motto „Jugenddialoge über Demokratie“ soll jungen Menschen das Verständnis für die europäischen Werte und die aktive Bürgerschaft in einer partizipativen Demokratie erleichtert werden.

Die EWSA-Mitglieder, die den Schülerinnen und Schülern auf konkrete Weise die repräsentative Demokratie der EU näherbringen wollen, besuchen derzeit die ausgewählte Schule in ihrem jeweiligen Heimatland (auf dem Foto ist **EESC-Vizepräsident Cillian Lohan** mit Schülerinnen und Schülern in Irland zu sehen).

Die 16- bis 18-jährigen Schülerinnen und Schüler kommen dann im März nach Brüssel und nehmen an Workshops und Arbeitsgruppen teil, um konsensfähige Vorschläge zu erarbeiten.

Diese Vorschläge zur Förderung des Engagements junger Menschen und ihrer aktiven Bürgerschaft werden anschließend an die europäischen Institutionen sowie an die Politiker und Entscheidungsträger auf europäischer Ebene weitergeleitet.

Mit dieser Jugendveranstaltung soll verdeutlicht werden, wie soziale Vereinbarungen zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Interessen getroffen werden.

Zu den Rednern auf der Hauptveranstaltung am 23./24. März gehören u.a.:

- EWSA-Präsidentin **Christa Schweng**
- EWSA-Vizepräsident für Kommunikation **Cillian Lohan**
- **Kira Marie Peter-Hansen, bis dato jüngstes Mitglied des Europäischen Parlaments** (Fraktion Die Grünen/Freie Europäische Allianz) und stellvertretende Vorsitzende des Unterausschusses für Steuerfragen
- **Ismael Pérez Civico**, Vorstandsmitglied des Europäischen Jugendforums
- **Themis Christophidou**, Generaldirektor für Bildung, Jugend, Sport und Kultur der Europäischen Kommission

Weitere Einzelheiten zu #YEYS2023 finden Sie auf der [Website der Veranstaltung](#). (ab)

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Millie Tsoumani (mt)
Daniela Marangoni (dm)
Daniela Vincenti (dv)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Marco Pezzani (mp)
Margarita Gavanis (mg)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knobloch (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eesinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.
EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.
EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.
Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

03/2023